

Rechtsverordnung

über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes
in den Gemarkungen Elkenroth (Verbandsgemeinde Gebhardshain),
Weitefeld, Oberdreisbach (Verbandsgemeinde Daaden),
Neunkhausen und Langenbach b. Kirburg (Verbandsgemeinde Bad Marienberg),
Landkreise: Altenkirchen und Westerwald,
zugunsten der
Verbandsgemeinden Gebhardshain und Daaden

Aufgrund des § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz -WHG-) in der Fassung vom 19.08.2002 (BGBl. I S. 3245), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 22.12.2008 (BGBl. I S. 2986), und der §§ 13, 122, 123 und 105 Abs. 2 des Wassergesetzes für das Land Rheinland-Pfalz (Landeswassergesetz -LWG-) in der Fassung vom 22.01.2004 (GVBl. S. 54), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 27.10.2009 (GVBl. S. 358), wird durch die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord als obere Wasserbehörde Folgendes verordnet:

§ 1

Allgemeines

Zum Schutz des Grundwassers für die unter § 2 genannten Wassergewinnungsanlagen der Verbandsgemeinden Gebhardshain und Daaden wird das nachstehend beschriebene Wasserschutzgebiet festgesetzt.

§ 2

Geltungsbereich

Das Wasserschutzgebiet liegt östlich der Ortslage Elkenroth, südwestlich der Ortslage Weitefeld und nördlich der Ortslagen Neunkhausen und Langenbach b. Kirburg, hat eine Größe von 773,85 ha und wird durch 3 Schutzzonen gebildet.

Über die einzelnen Schutzzonen gibt die als Anlage zu dieser Rechtsverordnung abgedruckte Karte im Maßstab von 1 : 25.000 einen Überblick.
Sie ist Bestandteil der Rechtsverordnung.

Die Schutzzonen sind dort wie folgt dargestellt:

- Zone I = Fassungsbereich (nicht schraffiert),
 Zone II = Engere Schutzzone (rechtsgeneigt schraffiert) und
 Zone III = Weitere Schutzzone (linksgeneigt schraffiert).

Die Zonen I und II erstrecken sich auf folgende Bereiche:

- Gewinnungsanlagen der Verbandsgemeinde Gebhardshain:

1. **„Brunnen Elkenroth 1“:**

- Zone I: Gemarkung Elkenroth, Flur 6, Flurstück-Nr. 33; Größe: 0,48 ha.
 Zone II: Gemarkung Elkenroth, Flur 6; Größe: 5,08 ha.

2. **„Brunnen „Elkenroth 2“:**

- Zone I: Gemarkung Elkenroth, Flur 5, Flurstück-Nr. 15; Größe: 0,46 ha.
 Zone II: Gemarkungen Elkenroth, Fluren 4 und 5, sowie Neunkhausen, Flur 17; Größe: 2,85 ha.

3. **„Brunnen „Elkenroth 3“:**

- Zone I: Gemarkung Elkenroth, Flur 3, Flurstück-Nr. 8; Größe: 0,42 ha.
 Zone II: Gemarkungen Elkenroth, Flur 3, sowie Weitefeld, Flur 10; Größe: 12,43 ha.

4. **„Brunnen „Elkenroth 4“:**

- Zone I: Gemarkung Elkenroth, Flur 5, Flurstück-Nr. 11/1; Größe: 0,16 ha.
 Zone II: Gemarkung Elkenroth, Fluren 4 und 5; Größe: 4,41 ha.

- Gewinnungsanlagen der Verbandsgemeinde Daaden:

5. **„Brunnen Weitefeld 2“:**

- Zone I: Gemarkung Weitefeld, Flur 9, Flurstück-Nr. 161, 162, 163, 164, 165 und 166; Größe: 0,17 ha.
 Zone II: Gemarkungen Weitefeld, Flur 9, sowie Neunkhausen, Flur 29; Größe: 3,22 ha.

6. **„Brunnen Weitefeld 3“:**

- Zone I: Gemarkung Weitefeld, Flur 10, Flurstück-Nr. 160/1; Größe: 0,05 ha.
 Zone II: Gemarkung Weitefeld, Flur 10; Größe: 2,22 ha.

7. **„Quelle Weitefeld 2“**

- Zone I: (gemeinsam mit „Sickergalerien Weitefeld 1 – 5“) Gemarkung Weitefeld, Flur 7, Flurstück-Nr. 92, und Flur 8, Flurstück-Nr. 3; Größe: 8,22 ha.

Zone II: (gemeinsam mit „Sickergalerien Weitefeld 1 – 5“) Gemarkungen Weitefeld, Fluren 7 und 8, Neunkhausen, Flur 30, sowie Langenbach b. Kirburg, Fluren 11 und 12; Größe: 20,11 ha.

8. „**Sickergalerien Weitefeld 1 – 5**“:

Zone I: (gemeinsam mit „Quelle Weitefeld 2“) siehe Ziff. 7.

Zone II: (gemeinsam mit „Quelle Weitefeld 2“) siehe Ziff. 7.

Die Zone III für alle Gewinnungsanlagen erstreckt sich auf die Gemarkungen Elkenroth, Fluren 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 11 und 12, Weitefeld, Fluren 4, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14 und 16, Oberdreisbach, Fluren 5 und 6, Neunkhausen, Fluren 11, 12, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 27, 28, 29, 30 und 31, sowie Langenbach b. Kirburg, Fluren 10, 11, 12 und 13, und hat eine Größe von 713,57 ha.

Die genaue Lage des Wasserschutzgebietes und der Zonen ergibt sich aus Karten im Maßstab von 1 : 20.000 und 1 : 2.000, die Bestandteil der Rechtsverordnung sind.

Die Schutzzonen sind dort wie folgt dargestellt:

Zone I	=	Fassungsbereich (blaue Umrandung),
Zone II	=	Engere Schutzzone (grüne Umrandung),
Zone III	=	Weitere Schutzzone (rote Umrandung).

Die Karten werden archivmäßig bei der

- Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord
- Obere Wasserbehörde -
Neustadt 21
56068 Koblenz
- Verbandsgemeindeverwaltung Gebhardshain
Rathausplatz 1
57580 Gebhardshain
- Verbandsgemeindeverwaltung Daaden
Bahnhofstr. 4 – 6
57567 Daaden
- Verbandsgemeindeverwaltung Bad Marienberg
Kirburger Str. 4
56470 Bad Marienberg

aufbewahrt und können dort während der Dienststunden eingesehen werden.

§ 3

Verbote und Beschränkungen

(1) Zone I (Fassungsbereich)

Die Zone I soll den Schutz der Trinkwassergewinnungsanlage und ihrer unmittelbaren Umgebung vor jeglichen Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten.

Deshalb sind alle damit nicht zu vereinbarenden Einrichtungen, Handlungen und Vorgänge untersagt, und zwar insbesondere:

- 1.1 die für die Zonen III und II genannten Einrichtungen, Handlungen und Vorgänge
- 1.2 Fahr- und Fußgängerverkehr
- 1.3 land- und forstwirtschaftliche sowie gartenbauliche Nutzung
- 1.4 Anwendung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln

(2) Zone II (Engere Schutzzone)

Die Zone II soll den Schutz vor Verunreinigungen durch pathogene Mikroorganismen (z.B. Bakterien, Viren, Parasiten und Wurmeier) sowie vor sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten, die bei geringer Fließdauer und -strecke zur Trinkwassergewinnungsanlage gefährlich sind.

Deshalb sind alle damit nicht zu vereinbarenden Einrichtungen, Handlungen und Vorgänge untersagt, und zwar insbesondere:

- 2.1 die für die Zone III genannten Einrichtungen, Handlungen und Vorgänge
- 2.2 Errichtung und Erweiterung baulicher Anlagen einschließlich deren Nutzungsänderung
- 2.3 Bau und Erweiterung von Straßen, Bahnlinien und sonstigen Verkehrsanlagen
- 2.4 Änderung von Verkehrsanlagen, ausgenommen zur Verbesserung des Grundwasserschutzes

- 2.5 Baustelleneinrichtungen und Wohnunterkünfte für Baustellenbeschäftigte
- 2.6 Transport wassergefährdender oder radioaktiver Stoffe
- 2.7 Lagerung von Heiz- und Dieselöl
- 2.8 Transformatoren und Stromleitungen mit flüssigen, wassergefährdenden Kühl- und Isoliermitteln
- 2.9 Anwendung von Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft (Gülle, Jauche, Festmist) und Silagesickersaft
- 2.10 Errichtung und Erweiterung von Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Silagesickersäften, Festmist und Silagen
- 2.11 Lagerung von Mineraldünger und Pflanzenschutzmitteln
- 2.12 Tierbesatz, insbesondere Beweidung
- 2.13 Durchleiten von Abwasser, ausgenommen nicht schädlich verunreinigtes Niederschlagswasser
- 2.14 Versickerung von gesammeltem Niederschlagswasser, ausgenommen die breitflächige Versickerung von nicht schädlich verunreinigtem Niederschlagswasser über die belebte Bodenzone
- 2.15 Oberirdische Gewässer, die mit Abwasser belastet sind
- 2.16 Errichten und Erweitern von Drainagen und zugehörigen Vorflutgräben
- 2.17 Die nach der Düngeverordnung in der jeweils gültigen Fassung zu erstellenden und aufzubewahrenden Aufzeichnungen sind auf Verlangen dem Begünstigten und der oberen Wasserbehörde vorzulegen.

(3) Zone III (Weitere Schutzzone)

Die Zone III soll den Schutz vor weitreichenden Beeinträchtigungen, insbesondere vor nicht oder schwer abbaubaren chemischen und radioaktiven Verunreinigungen gewährleisten.

Deshalb sind alle damit nicht zu vereinbarenden Einrichtungen, Handlungen und Vorgänge untersagt, und zwar insbesondere:

- 3.1 Neuausweisung und Erweiterung von Gebieten für Industrie und Gewerbe
- 3.2 Errichtung, Erweiterung oder wesentliche Umgestaltung von Betrieben und Anlagen zum Herstellen, Behandeln, Verwenden, Verarbeiten und Lagern von radioaktiven und nicht oder nur schwer abbaubaren wassergefährdenden Stoffen wie z.B. Raffinerien, Metallhütten, chemische Fabriken, Chemikalienlager und kerntechnische Anlagen
- 3.3 Neuausweisung und Erweiterung von Baugebieten, es sei denn, die mittlere Schutzfunktion der grundwasserüberdeckenden Schichten unterhalb der Eingriffssole wird der oberen Wasserbehörde nachgewiesen. Der Nachweis ist bereits vor der Aufstellung des Bebauungsplanes zu erbringen.
- 3.4 Errichtung und Erweiterung baulicher Anlagen, es sei denn, die mittlere Schutzfunktion der grundwasserüberdeckenden Schichten unterhalb der Eingriffssole wird der oberen Wasserbehörde nachgewiesen. Der Nachweis ist nicht erforderlich für das Schließen einzelner Baulücken innerhalb bebauter Ortslagen.
- 3.5 Errichtung, Erweiterung oder wesentliche Umgestaltung von Wärmekraftwerken, soweit nicht gasbetrieben
- 3.6 Errichtung, Erweiterung oder wesentliche Umgestaltung von Flugplätzen, einschließlich Sicherheitsflächen, Notabwurfplätze
- 3.7 Errichtung, Erweiterung oder wesentliche Umgestaltung von Güterumschlagplätzen (z.B. Rangierbahnhöfe, Güterbahnhöfe, Autohöfe) sowie von Gleisanlagen des schienengebundenen Verkehrs insgesamt
- 3.8 Militärische Anlagen und Übungen, soweit sie nicht den Vorgaben des DVGW-Regelwerkes W 106 entsprechen
- 3.9 Errichtung, Erweiterung oder wesentliche Umgestaltung von Schießplätzen
- 3.10 Errichtung, Erweiterung oder wesentliche Umgestaltung von Golfplätzen
- 3.11 Errichtung, Erweiterung oder wesentliche Umgestaltung von Friedhöfen
- 3.12 Errichtung, Erweiterung oder wesentliche Umgestaltung von Tankstellen

- 3.13 Errichtung, Erweiterung oder wesentliche Umgestaltung von Verkehrsanlagen, ausgenommen die Maßnahme erfolgt im Einvernehmen mit der oberen Wasserbehörde unter Beachtung der Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wasserschutzgebieten (RiStWag) in der jeweils gültigen Fassung
- 3.14 Lagerung von Baustoffen, von denen eine Grundwassergefährdung ausgehen kann
- 3.15 Errichtung, Erweiterung oder wesentliche Umgestaltung von Rohrleitungsanlagen zum Befördern von wassergefährdenden Stoffen
- 3.16 Errichtung und Erweiterung der Kanalisation einschließlich Mischwasserentlastungsanlagen (Regenüberlauf und Regenüberlaufbecken), ausgenommen Anlagen, die eine erhöhte Dichtheit gewährleisten und in angemessenen Zeitabständen durch Inspektionen auf Schäden überprüft werden
- 3.17 Errichtung, Erweiterung oder wesentliche Umgestaltung von Kläranlagen und geschlossenen Abwassersammelgruben
- 3.18 Einleitung von Abwasser in den Untergrund, einschließlich Abwasserversickerung, -verrieselung und -verregnung, ausgenommen die breitflächige Versickerung von nicht schädlich verunreinigtem Niederschlagswasser über die belebte Bodenzone
- 3.19 Einleitung von Abwasser in ein oberirdisches Gewässer, ausgenommen nicht schädlich verunreinigtes Niederschlagswasser
- 3.20 Verwendung von auswasch- oder auslaugbaren wassergefährdenden Materialien (z.B. Bauschutt, Straßenaufbruch, Müllverbrennungsrückständen, Schlacken, Rückständen des Bergbaus) beim Bau von Anlagen des Straßen-, Wasser-, Schienen- und Luftverkehrs und von Lärmschutzdämmen
- 3.21 Errichtung, Erweiterung oder wesentliche Umgestaltung von unterirdischen Speichern für wassergefährdende Stoffe

3.22 Umgang (Lagern, Abfüllen, Umschlagen, Herstellen, Behandeln und Verwenden) mit wassergefährdenden Stoffen, ausgenommen sind

1. Kleinmengen für den Haushaltsbedarf
2. Heizöl für den Hausgebrauch
3. Dieselmotoren für land- und forstwirtschaftliche Betriebe

In den unter Ziffer 1-3 aufgeführten Fällen ist nur eine oberirdische Lagerung und Leitungsverlegung zulässig.

3.23 Schmierstoffe im Bereich Verlustschmierung und Schalöl sowie unterirdische Transformatoren und Stromleitungen mit flüssigen, wassergefährdenden Kühl- und Isoliermitteln

3.24 Abfalldeponien, dies gilt u.a. für:

- 3.24.1 Ablagerung von Rückständen aus Wärmekraftwerken und Abfallverbrennungsanlagen, Hochofenschlacken und Gießereisanden
- 3.24.2 Ablagerung auch unbelasteter Locker- und Festgesteine (z. B. Bergehalde), wenn Umsetzungs- und Auslaugungsprozesse zu nachteiligen Auswirkungen für das Grundwasser führen können
- 3.24.3 Lagerung und Entsorgung von Bioabfällen außerhalb dafür zugelassener Anlagen

3.25 Abfallbehandlungsanlagen, dies gilt u.a. für:

- 3.25.1 Anlagen zum Lagern und Behandeln von Autowracks, Kraftfahrzeugschrott und Altreifen
- 3.25.2 Anlagen zur Behandlung von Bioabfällen
- 3.25.3 Abfallumschlaganlagen und -zwischenlager
- 3.25.4 Anlagen zur Verwertung von Reststoffen (z. B. Bauschuttrecycling)

3.26 Landwirtschaftliche einschließlich gartenbauliche sowie forstwirtschaftliche Betriebsführung und Nutzung, sofern sie nicht grundwasserschonend unter Vorsorgegesichtspunkten betrieben wird (Düngeverordnung in der jeweils gültigen Fassung), dies gilt vor allem für:

- 3.26.1 Anbau von Mono- und Sonderkulturen, ausgenommen Streuobstwiesen
- 3.26.2 Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, die gemäß der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung in Wasser- und Heilquellenschutzgebieten nicht angewendet werden dürfen
- 3.26.3 Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf Freilandflächen einschließlich der Unterhaltung von Verkehrsflächen, sofern es nicht grundwasserschonend erfolgt

- 3.26.4 Aufbringung von Pflanzenschutzmitteln aus Luftfahrzeugen
- 3.26.5 Verwendung von Dünger, soweit dies nicht zeit- und bedarfsgerecht erfolgt
- 3.26.6 Verwendung von Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft (Gülle, Jauche, Festmist) und Silagesickersaft auf Brache oder tiefgefrorenem oder stark schneebedecktem Boden
- 3.26.7 Lagerung und Abfüllung von Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft (Gülle, Jauche, Festmist) sowie von fließfähigen Düngemitteln außerhalb dauerhaft dichter Anlagen
- 3.26.8 Gärfuttermieten (Feldsilage), ausgenommen Foliensilos auf dichter Bodenplatte mit Auffangbehälter
- 3.26.9 Ausbringen von Klärschlamm, Fäkalschlamm und Bioabfall
- 3.26.10 Tierbesatz, insbesondere Beweidung, ausgenommen im Zeitraum der Hauptvegetation von Mai bis Oktober.
Die Nutzung der Besatz- bzw. Weideflächen darf nur so erfolgen, dass die Grasnarbe nicht nachhaltig geschädigt wird. Nachhaltig geschädigt ist die Grasnarbe dann, wenn sie in der jeweiligen Vegetationsperiode nur durch eine Neuaussaat wiederhergestellt werden kann.
- 3.26.11 Waldrodung, Grünlandumbruch, Schwarzbrache, Erstaufforstungen
- 3.26.12 Landwirtschaftliche Beregnung, sofern dabei die nutzbare Feldkapazität überschritten wird
- 3.26.13 Errichtung oder Erweiterung von Kleingartenanlagen
- 3.26.14 landwirtschaftlicher Anbau von Sommerkulturen, wenn nicht eine überwinternde oder abfrierende Zwischenfrucht mit anschließender Mulchsaat angebaut wird

- 3.27 Verletzung der grundwasserüberdeckenden Schichten, ausgenommen die Verlegung von Ver- und Entsorgungsleitungen

- 3.28 Bergbau einschließlich Erdöl- und Erdgasgewinnung

- 3.29 Ablagern und Aufhalten bergbaulicher Rückstände

- 3.30 Erdaufschlüsse und sonstige Bodeneingriffe, durch die die Grundwasserüberdeckung so vermindert wird, dass die mittlere Schutzfunktion der grundwasserüberdeckenden Schichten unterhalb der Eingriffssohle nicht mehr gewährleistet ist und keine ausreichende und dauerhafte Sicherung zum Schutz des Grundwassers vorgenommen werden kann

- 3.31 Gewinnung von Erdwärme

- 3.32 Herstellung, Beseitigung oder wesentliche Umgestaltung eines Gewässers oder seiner Ufer (z.B. Fischteiche)

- 3.33 Gewinnen von Steinen, Erden und anderen oberflächennahen Rohstoffen
- 3.34 Bohrungen
- 3.35 Sprengungen
- 3.36 Märkte, Volksfeste und Großveranstaltungen außerhalb der dafür vorgesehenen Anlagen
- 3.37 Motorsport
- 3.38 Badebetrieb, Befahren von Gewässern mit Kleinfahrzeugen mit und ohne Maschinenantrieb, Tauchen mit technischem Gerät, Zeltlager, Campingplätze sowie Errichtung und Erweiterung von Sport- und Freizeitanlagen
- 3.39 Errichtung, Erweiterung und wesentliche Umgestaltung von baulichen Anlagen im Außenbereich (z.B. Grillhütten, Sportheime, Jagdhütten, Freizeitanlagen, Gartenhäuser)
- 3.40 Holzlagerplätze (Nass- und Trockenlagerung)
- 3.41 Errichtung und Erweiterung von Anlagen zur Eigenwasserversorgung und Beregnungsbrunnen

§ 4

Duldungspflichten

- (1) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Schutzgebietes haben zu dulden:
 - a) das Betreten ihrer Grundstücke durch Personen, die mit der ordnungsgemäßen Bewirtschaftung der Wassergewinnungsanlagen beauftragt sind,
 - b) das Aufstellen von Hinweisschildern.
- (2) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten der in der Zone I gelegenen Grundstücke haben die Durchführung aller Maßnahmen, die den Wassergewinnungsanlagen und ihrem Schutz dienen, insbesondere die Einzäunung der Fassungsbereiche, das Aufbringen einwandfreien, gut reinigenden oder abdichtenden Materials zur Verstärkung der Deckschichten, das Aufbringen einer zusammenhängenden Grasdecke sowie die Beseitigung von Bäumen und Sträuchern zu dulden.

§ 5

Befreiungen

- (1) Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord kann unter den Voraussetzungen des § 13 Abs. 6 LWG auf Antrag von den Verboten des § 3 Befreiungen zulassen.
- (2) Die Befreiung ist widerruflich; sie kann mit Bedingungen und Auflagen erteilt werden und bedarf der Schriftform.
- (3) Im Falle des Widerrufs kann die zuständige Behörde vom Grundstückseigentümer verlangen, dass der frühere Zustand wiederhergestellt wird, sofern das Wohl der Allgemeinheit, insbesondere der Schutz der Wasserversorgung, dies erfordert.

§ 6

Begünstigte

Begünstigt durch die Festsetzung des Wasserschutzgebietes sind die Verbandsgemeinde Gebhardshain, Rathausplatz 1, 57580 Gebhardshain, und die Verbandsgemeinde Daaden, Bahnhofstr. 4 – 6, 57567 Daaden.

§ 7

Ordnungswidrigkeiten

Nach § 41 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 WHG kann mit einer Geldbuße bis zu 50.000,-- € belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

- a) einem Verbot nach § 3 zuwiderhandelt,
- b) eine nach § 5 ausnahmsweise zugelassene Handlung vornimmt, ohne die mit der Befreiung verbundenen Bedingungen oder Auflagen zu befolgen.

§ 8

Entschädigung

Anträge auf Entschädigungsleistungen nach § 19 Abs. 3 WHG oder Ausgleichsleistungen nach § 19 Abs. 4 WHG sind an die Begünstigten zu richten.

Kommt eine gütliche Einigung nicht zustande, so entscheidet auf Antrag eines Beteiligten die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord über die Festsetzung der Entschädigungs- oder Ausgleichsleistung.

Soweit mehrere Begünstigte vorhanden sind, haften sie als Gesamtschuldner.

§ 9

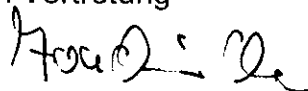
Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Die Rechtsverordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Rheinland-Pfalz in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Rechtsverordnung der Bezirksregierung Koblenz vom 02.01.1981 (Az. 56-61-2-3/74), veröffentlicht im Staatsanzeiger für das Land Rheinland-Pfalz, Nr. 16 vom 27.04.1981, über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes in der Gemarkung Elkenroth zugunsten der Verbandsgemeinde Gebhardshain – Wasserwerk Elbtal – außer Kraft.




56068 Koblenz, 26.02.2010
Az.: 312-61-132-1/2007

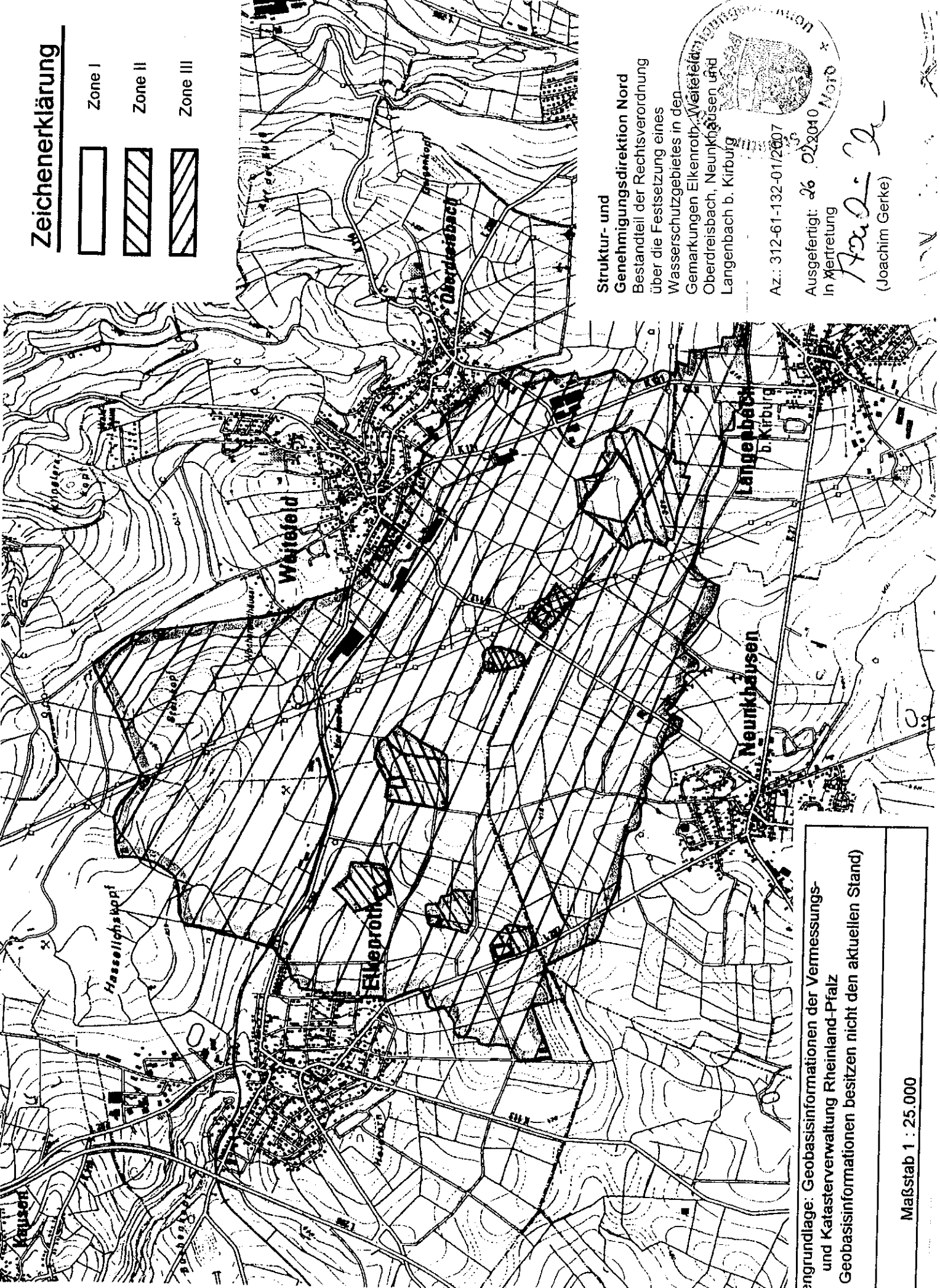
Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord
In Vertretung



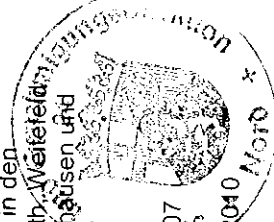
(Joachim Gerke)

Zeichenerklärung

- Zone I 
- Zone II 
- Zone III 



Struktur- und
Genehmigungsdirektion Nord
Bestandteil der Rechtsverordnung
über die Festsetzung eines
Wasserschutzgebietes in den
Gemarkungen Elkenroth, Weisfeld,
Oberdreisbach, Neunkhausen und
Langenbach b. Kirburg



Az.: 312-61-132-01/2007

Ausgefertigt: 26.02.2010
In Vertretung

Joachim Gerke
(Joachim Gerke)

Datengrundlage: Geobasisinformationen der Vermessungs- und Katasterverwaltung Rheinland-Pfalz
(Die Geobasisinformationen besitzen nicht den aktuellen Stand)

Maßstab 1 : 25.000

2. Juli 2010
Verabschiedung

Trier, den 4. März 2010

- 41 01/12 -

Aufsichts- und
Dienstleistungsdirektion Trier
Im Auftrag
Judith Schnitzler

**Struktur- und
Genehmigungsdirektion Nord**

1793.

**Rechtsverordnung
über die Festsetzung
eines Wasserschutzgebietes
in den Gemarkungen Elkenroth
(Verbandsgemeinde Gebhardshain),
Weitefeld, Oberdreisbach
(Verbandsgemeinde Daaden),
Neunkhausen und Langenbach b. Kirburg
(Verbandsgemeinde Bad Marienberg),
Landkreise: Altenkirchen und Westerwald,
zugunsten der Verbandsgemeinden
Gebhardshain und Daaden**

Aufgrund des § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG -) in der Fassung vom 19. August 2002 (BGBl. I S. 3245), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), und der §§ 13, 122, 123 und 105 Abs. 2 des Wassergesetzes für das Land Rheinland-Pfalz (Landeswassergesetz - LWG -) in der Fassung vom 22. Januar 2004 (GVBl. S. 54), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 27. Oktober 2009 (GVBl. S. 358), wird durch die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord als obere Wasserbehörde Folgendes verordnet:

§ 1

Allgemeines

Zum Schutz des Grundwassers für die unter § 2 genannten Wassergewinnungsanlagen der Verbandsgemeinden Gebhardshain und Daaden wird das nachstehend beschriebene Wasserschutzgebiet festgesetzt.

§ 2

Geltungsbereich

Das Wasserschutzgebiet liegt östlich der Ortslage Elkenroth, südwestlich der Ortslage Weitefeld und nördlich der Ortslagen Neunkhausen und Langenbach b. Kirburg, hat eine Größe von 773,85 ha und wird durch 3 Schutzzonen gebildet.

Über die einzelnen Schutzzonen gibt die als Anlage zu dieser Rechtsverordnung abgedruckte Karte im Maßstab von 1 : 25.000 einen Überblick. Sie ist Bestandteil der Rechtsverordnung.

Die Schutzzonen sind dort wie folgt dargestellt:

- Zone I = Fassungsbereich (nicht schraffiert),
- Zone II = Engere Schutzzone (rechtsgeneigt schraffiert) und
- Zone III = Weitere Schutzzone (linksgeneigt schraffiert).

Die Zonen I und II erstrecken sich auf folgende Bereiche:

- Gewinnungsanlagen der Verbandsgemeinde Gebhardshain:

1. „Brunnen Elkenroth 1“:
Zone I: Gemarkung Elkenroth, Flur 6, Flurstück-Nr. 33; Größe: 0,48 ha.

Zone II: Gemarkung Elkenroth, Flur 6; Größe: 5,08 ha.

2. „Brunnen Elkenroth 2“:
Zone I: Gemarkung Elkenroth, Flur 5, Flurstück-Nr. 15; Größe: 0,46 ha.
Zone II: Gemarkungen Elkenroth, Fluren 4 und 5, sowie Neunkhausen, Flur 17; Größe: 2,85 ha.

3. „Brunnen Elkenroth 3“:
Zone I: Gemarkung Elkenroth, Flur 3, Flurstück-Nr. 8; Größe: 0,42 ha.
Zone II: Gemarkungen Elkenroth, Flur 3, sowie Weitefeld, Flur 10; Größe: 12,43 ha.

4. „Brunnen Elkenroth 4“:
Zone I: Gemarkung Elkenroth, Flur 5, Flurstück-Nr. 11 /1; Größe: 0,16 ha.
Zone II: Gemarkung Elkenroth, Fluren 4 und 5; Größe: 4,41 ha.

- Gewinnungsanlagen der Verbandsgemeinde Daaden:

5. „Brunnen Weitefeld 2“:
Zone I: Gemarkung Weitefeld, Flur 9, Flurstück-Nr. 161, 162, 163, 164, 165 und 166; Größe: 0, 17 ha.
Zone II: Gemarkungen Weitefeld, Flur 9, sowie Neunkhausen, Flur 29; Größe: 3,22 ha.

6. „Brunnen Weitefeld 3“:
Zone I: Gemarkung Weitefeld, Flur 10, Flurstück-Nr. 160/1; Größe: 0,05 ha.
Zone II: Gemarkung Weitefeld, Flur 10; Größe: 2,22 ha.

7. „Quelle Weitefeld 2“:
Zone I: (gemeinsam mit „Sickergalerien Weitefeld 1 - 5“) Gemarkung Weitefeld, Flur 7, Flurstück-Nr. 92, und Flur 8, Flurstück-Nr. 3; Größe: 8,22 ha.

Zone II: (gemeinsam mit „Sickergalerien Weitefeld 1 - 5“) Gemarkungen Weitefeld, Fluren 7 und 8, Neunkhausen, Flur 30, sowie Langenbach b. Kirburg, Fluren 11 und 12; Größe: 20,11 ha.

8. „Sickergalerien Weitefeld 1 - 5“:
Zone I: (gemeinsam mit „Quelle Weitefeld 2“) siehe Ziff. 7.
Zone II: (gemeinsam mit „Quelle Weitefeld 2“) siehe Ziff. 7.

Die Zone III für alle Gewinnungsanlagen erstreckt sich auf die Gemarkungen Elkenroth, Fluren 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 11 und 12, Weitefeld, Fluren 4, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14 und 16, Oberdreisbach, Fluren 5 und 6, Neunkhausen, Fluren 11, 12, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 27, 28, 29, 30 und 31, sowie Langenbach b. Kirburg, Fluren 10, 11, 12 und 13, und hat eine Größe von 713,57 ha.

Die genaue Lage des Wasserschutzgebietes und der Zonen ergibt sich aus Karten im Maßstab von 1 : 20.000 und 1 : 2000, die Bestandteil der Rechtsverordnung sind.

Die Schutzzonen sind dort wie folgt dargestellt:

- Zone I = Fassungsbereich (blaue Umrandung),
- Zone II = Engere Schutzzone (grüne Umrandung),
- Zone III = Weitere Schutzzone (rote Umrandung).

Die Karten werden archivmäßig bei der

- Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord
- Obere Wasserbehörde -
Neustadt 21
56068 Koblenz

- Verbandsgemeindeverwaltung
Gebhardshain
Rathausplatz 1
57580 Gebhardshain

- Verbandsgemeindeverwaltung Daaden
Bahnhofstraße 4 - 6
57567 Daaden

- Verbandsgemeindeverwaltung
Bad Marienberg
Kirburger Straße 4
56470 Bad Marienberg

aufbewahrt und können dort während der Dienststunden eingesehen werden.

§ 3

Verbote und Beschränkungen

(1) Zone I (Fassungsbereich)

Die Zone I soll den Schutz der Trinkwassergewinnungsanlage und ihrer unmittelbaren Umgebung vor jeglichen Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten.

Deshalb sind alle damit nicht zu vereinbarenden Einrichtungen, Handlungen und Vorgänge untersagt, und zwar insbesondere:

1.1 die für die Zonen III und II genannten Einrichtungen, Handlungen und Vorgänge

1.2 Fahr- und Fußgängerverkehr

1.3 land- und forstwirtschaftliche sowie gartenbauliche Nutzung

1.4 Anwendung von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln

(2) Zone II (Engere Schutzzone)

Die Zone II soll den Schutz vor Verunreinigungen durch pathogene Mikroorganismen (z.B. Bakterien, Viren, Parasiten und Würmer) sowie vor sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten, die bei geringer Fließdauer und -strecke zur Trinkwassergewinnungsanlage gefährlich sind.

Deshalb sind alle damit nicht zu vereinbarenden Einrichtungen, Handlungen und Vorgänge untersagt, und zwar insbesondere:

2.1 die für die Zone III genannten Einrichtungen, Handlungen und Vorgänge

2.2 Errichtung und Erweiterung baulicher Anlagen einschließlich deren Nutzungsänderung

2.3 Bau und Erweiterung von Straßen, Bahnlinien und sonstigen Verkehrsanlagen

2.4 Änderung von Verkehrsanlagen, ausgenommen zur Verbesserung des Grundwasserschutzes

2.5 Baustelleneinrichtungen und Wohnunterkünfte für Baustellenbeschäftigte

2.6 Transport wassergefährdender oder radioaktiver Stoffe

2.7 Lagerung von Heiz- und Dieselöl

2.8 Transformatoren und Stromleitungen mit flüssigen, wassergefährdenden Kühl- und Isoliermitteln

2.9 Anwendung von Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft (Gülle, Jauche, Festmist) und Silagesickersaft

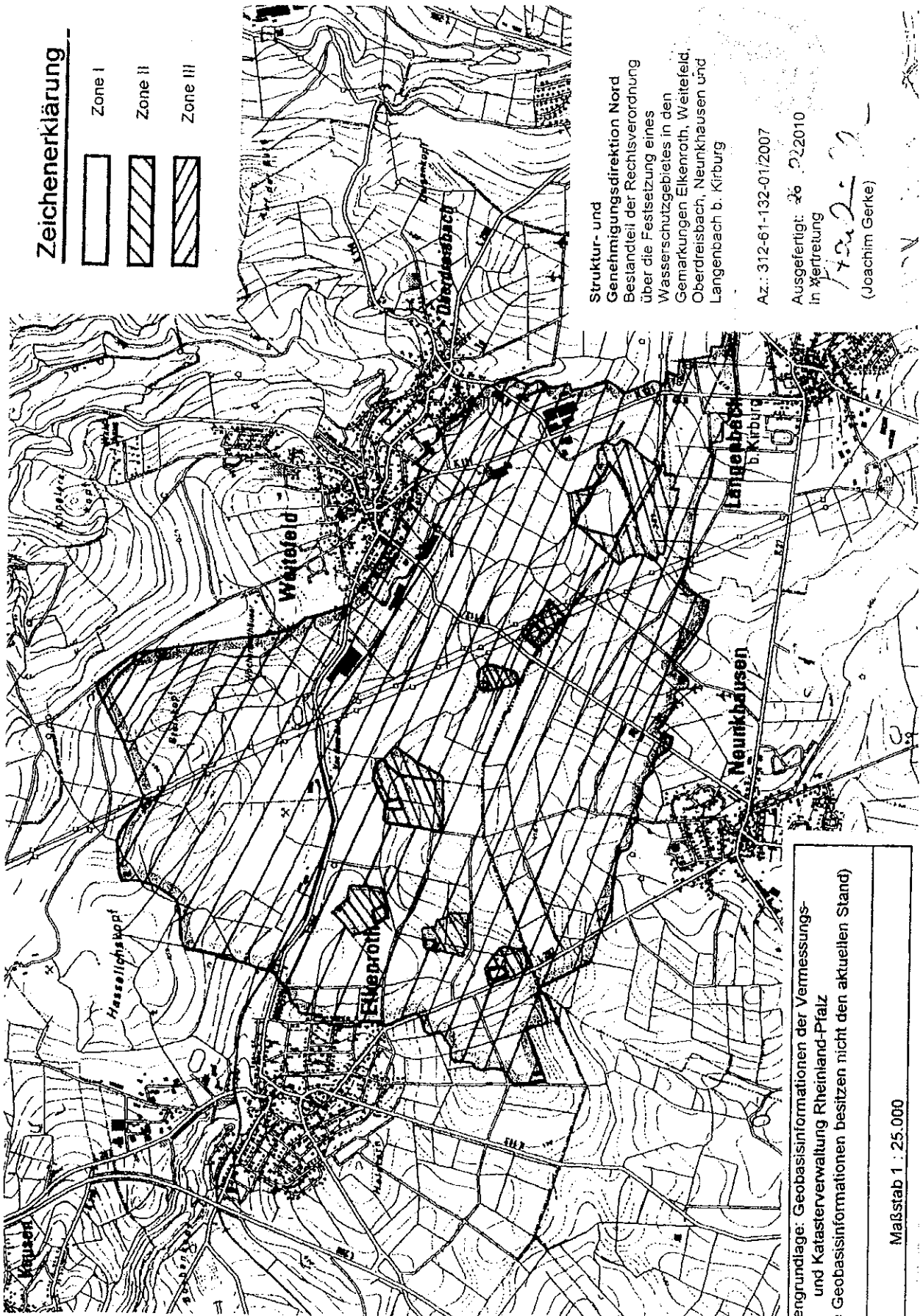
2.10 Errichtung und Erweiterung von Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Silagesickersäften, Festmist und Silagen

2.11 Lagerung von Mineraldünger und Pflanzenschutzmitteln

2.12 Tierbesatz, insbesondere Beweidung

Zeichenerklärung

- Zone I
- Zone II
- Zone III



Struktur- und
Genehmigungsrichtung Nord
Bestandteil der Rechtsverordnung
über die Festsetzung eines
Wasserschutzgebietes in den
Gemarkungen Elkenroth, Weitefeld,
Oberdreisbach, Neunkhausen und
Langenbach b. Kirburg

Az.: 312-61-132-01/2007

Ausgefertigt: 26.02.2010
in Vertretung

(Joachim Gerke)

Datengrundlage: Geobasisinformationen der Vermessungs- und Katasterverwaltung Rheinland-Pfalz
(Die Geobasisinformationen besitzen nicht den aktuellsten Stand)

Maßstab 1 : 25.000

Hinweis: Karte aus drucktechnischen Gründen unmaßstäblich verkleinert

- 2.13 Durchleiten von Abwasser, ausgenommen nicht schädlich verunreinigtes Niederschlagswasser
- 2.14 Versickerung von gesammeltem Niederschlagswasser, ausgenommen die breitflächige Versickerung von nicht schädlich verunreinigtem Niederschlagswasser über die belebte Bodenzone
- 2.15 Oberirdische Gewässer, die mit Abwasser belastet sind
- 2.16 Errichten und Erweitern von Drainagen und zugehörigen Vorflutgräben
- 2.17 Die nach der Düngeverordnung in der jeweils gültigen Fassung zu erstellenden und aufzubewahrenden Aufzeichnungen sind auf Verlangen dem Begünstigten und der oberen Wasserbehörde vorzulegen.
- (3) Zone III (Weitere Schutzzone)
- Die Zone III soll den Schutz vor weitreichenden Beeinträchtigungen, insbesondere vor nicht oder schwer abbaubaren chemischen und radioaktiven Verunreinigungen gewährleisten.
- Deshalb sind alle damit nicht zu vereinbarenden Einrichtungen, Handlungen und Vorgänge untersagt, und zwar insbesondere:
- 3.1 Neuausweisung und Erweiterung von Gebieten für Industrie und Gewerbe
- 3.2 Errichtung, Erweiterung oder wesentliche Umgestaltung von Betrieben und Anlagen zum Herstellen, Behandeln, Verwenden, Verarbeiten und Lagern von radioaktiven und nicht oder nur schwer abbaubaren wassergefährdenden Stoffen wie z.B. Raffinerien, Metallhütten, chemische Fabriken, Chemikalienlager und kerntechnische Anlagen
- 3.3 Neuausweisung und Erweiterung von Baugebieten, es sei denn, die mittlere Schutzfunktion der grundwasserüberdeckenden Schichten unterhalb der Eingriffssole wird der oberen Wasserbehörde nachgewiesen. Der Nachweis ist bereits vor der Aufstellung des Bebauungsplans zu erbringen.
- 3.4 Errichtung und Erweiterung baulicher Anlagen, es sei denn, die mittlere Schutzfunktion der grundwasserüberdeckenden Schichten unterhalb der Eingriffssole wird der oberen Wasserbehörde nachgewiesen. Der Nachweis ist nicht erforderlich für das Schließen einzelner Baulücken innerhalb bebauter Ortslagen.
- 3.5 Errichtung, Erweiterung oder wesentliche Umgestaltung von Wärmekraftwerken, soweit nicht gasbetrieben
- 3.6 Errichtung, Erweiterung oder wesentliche Umgestaltung von Flugplätzen, einschließlich Sicherheitsflächen, Notabwurfplätze
- 3.7 Errichtung, Erweiterung oder wesentliche Umgestaltung von Güterumschlagplätzen (z.B. Rangierbahnhöfe, Güterbahnhöfe, Autohöfe) sowie von Gleisanlagen des schienengebundenen Verkehrs insgesamt
- 3.8 Militärische Anlagen und Übungen, soweit sie nicht den Vorgaben des DVGW-Regelwerkes W 106 entsprechen
- 3.9 Errichtung, Erweiterung oder wesentliche Umgestaltung von Schießplätzen
- 3.10 Errichtung, Erweiterung oder wesentliche Umgestaltung von Golfplätzen
- 3.11 Errichtung, Erweiterung oder wesentliche Umgestaltung von Friedhöfen
- 3.12 Errichtung, Erweiterung oder wesentliche Umgestaltung von Tankstellen
- 3.13 Errichtung, Erweiterung oder wesentliche Umgestaltung von Verkehrsanlagen, ausgenommen die Maßnahme erfolgt im Einvernehmen mit der oberen Wasserbehörde unter Beachtung der Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wasserschutzgebieten (RiStWag) in der jeweils gültigen Fassung
- 3.14 Lagerung von Baustoffen, von denen eine Grundwassergefährdung ausgehen kann
- 3.15 Errichtung, Erweiterung oder wesentliche Umgestaltung von Rohrleitungsanlagen zum Befördern von wassergefährdenden Stoffen
- 3.16 Errichtung und Erweiterung der Kanalisation einschließlich Mischwasserentlastungsanlagen (Regenüberlauf und Regenüberlaufbecken), ausgenommen Anlagen, die eine erhöhte Dichtheit gewährleisten und in angemessenen Zeitabständen durch Inspektionen auf Schäden überprüft werden
- 3.17 Errichtung, Erweiterung oder wesentliche Umgestaltung von Kläranlagen und geschlossenen Abwassersammelgruben
- 3.18 Einleitung von Abwasser in den Untergrund, einschließlich Abwasserversickerung, -verrieselung und -verregnung, ausgenommen die breitflächige Versickerung von nicht schädlich verunreinigtem Niederschlagswasser über die belebte Bodenzone
- 3.19 Einleitung von Abwasser in ein oberirdisches Gewässer, ausgenommen nicht schädlich verunreinigtes Niederschlagswasser
- 3.20 Verwendung von auswasch- oder auslaugbaren wassergefährdenden Materialien (z.B. Bauschutt, Straßenaufbruch, Müllverbrennungsrückständen, Schlacken, Rückständen des Bergbaus) beim Bau von Anlagen des Straßen-, Wasser-, Schienen- und Luftverkehrs und von Lärmschutzdämmen
- 3.21 Errichtung, Erweiterung oder wesentliche Umgestaltung von unterirdischen Speichern für wassergefährdende Stoffe
- 3.22 Umgang (Lagern, Abfüllen, Umschlagen, Herstellen, Behandeln und Verwenden) mit wassergefährdenden Stoffen, ausgenommen sind
1. Kleinmengen für den Haushaltsbedarf
2. Heizöl für den Hausgebrauch
3. Dieselmotoren für land- und forstwirtschaftliche Betriebe
- In den unter Ziffer 1-3 aufgeführten Fällen ist nur eine oberirdische Lagerung und Leitungsverlegung zulässig.
- 3.23 Schmierstoffe im Bereich Verlustschmierung und Schalöl sowie unterirdische Transformatoren und Stromleitungen mit flüssigen, wassergefährdenden Kühl- und Isoliermitteln
- 3.24 Abfalldeponien, dies gilt u.a. für:
- 3.24.1 Ablagerung von Rückständen aus Wärmekraftwerken und Abfallverbrennungsanlagen, Hochofenschlacken und Gießereisanden
- 3.24.2 Ablagerung auch unbelasteter Locker- und Festgesteine (z.B. Bergabfälle), wenn Umsetzungs- und Auslaugungsprozesse zu nachteiligen Auswirkungen für das Grundwasser führen können
- 3.24.3 Lagerung und Entsorgung von Bioabfällen außerhalb dafür zugelassener Anlagen
- 3.25 Abfallbehandlungsanlagen, dies gilt u.a. für:
- 3.25.1 Anlagen zum Lagern und Behandeln von Autowracks, Kraftfahrzeugschrott und Altreifen
- 3.25.2 Anlagen zur Behandlung von Bioabfällen
- 3.25.3 Abfallumschlaganlagen und -zwischenlager
- 3.25.4 Anlagen zur Verwertung von Reststoffen (z.B. Bauschuttrecycling)
- 3.26 Landwirtschaftliche einschließlich gartenbauliche sowie forstwirtschaftliche Betriebsführung und Nutzung, sofern sie nicht grundwasserschonend unter Vorsorgegesichtspunkten betrieben wird (Düngeverordnung in der jeweils gültigen Fassung), dies gilt vor allem für:
- 3.26.1 Anbau von Mono- und Sonderkulturen, ausgenommen Streuobstwiesen
- 3.26.2 Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, die gemäß der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung in Wasser- und Heilquellenschutzgebieten nicht angewendet werden dürfen
- 3.26.3 Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf Freilandflächen einschließlich der Unterhaltung von Verkehrsflächen, sofern es nicht grundwasserschonend erfolgt
- 3.26.4 Aufbringung von Pflanzenschutzmitteln aus Luftfahrzeugen
- 3.26.5 Verwendung von Dünger, soweit dies nicht zeit- und bedarfsgerecht erfolgt
- 3.26.6 Verwendung von Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft (Gülle, Jauche, Festmist) und Silagesickersaft auf Brache oder tiefgefrorenem oder stark schneebedecktem Boden
- 3.26.7 Lagerung und Abfüllung von Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft (Gülle, Jauche, Festmist) sowie von fließfähigen Düngemitteln außerhalb dauerhaft dichter Anlagen
- 3.26.8 Gärfuttermieten (Feldsilage), ausgenommen Foliensilos auf dichter Bodenplatte mit Auffangbehälter
- 3.26.9 Ausbringen von Klärschlamm, Fäkalschlamm und Bioabfall
- 3.26.10 Tierbesatz, insbesondere Beweidung, ausgenommen im Zeitraum der Hauptvegetation von Mai bis Oktober. Die Nutzung der Besatz- bzw. Weideflächen darf nur so erfolgen, dass die Grasnarbe nicht nachhaltig geschädigt wird. Nachhaltig geschädigt ist die Grasnarbe dann, wenn sie in der jeweiligen Vegetationsperiode nur durch eine Neuaussaat wiederhergestellt werden kann.

- 3.26.11 Waldrodung, Grünlandumbruch, Schwarzbrache, Erstaufforstungen
- 3.26.12 Landwirtschaftliche Beregnung, sofern dabei die nutzbare Feldkapazität überschritten wird
- 3.26.13 Errichtung oder Erweiterung von Kleingartenanlagen
- 3.26.14 landwirtschaftlicher Anbau von Sommerkulturen, wenn nicht eine überwinternde oder abfrierende Zwischenfrucht mit anschließender Mulchsaat angebaut wird
- 3.27 Verletzung der grundwasserüberdeckenden Schichten, ausgenommen die Verlegung von Ver- und Entsorgungsleitungen
- 3.28 Bergbau einschließlich Erdöl- und Erdgasgewinnung
- 3.29 Ablagern und Aufhalten bergbau-licher Rückstände
- 3.30 Erdaufschlüsse und sonstige Bodeneingriffe, durch die die Grundwasserüberdeckung so vermindert wird, dass die mittlere Schutzfunktion der grundwasserüberdeckenden Schichten unterhalb der Eingriffs-sole nicht mehr gewährleistet ist und keine ausreichende und dauerhafte Sicherung zum Schutz des Grundwassers vorgenommen werden kann
- 3.31 Gewinnung von Erdwärme
- 3.32 Herstellung, Beseitigung oder wesentliche Umgestaltung eines Gewässers oder seiner Ufer (z.B. Fischteiche)
- 3.33 Gewinnen von Steinen, Erden und anderen oberflächennahen Rohstoffen
- 3.34 Bohrungen
- 3.35 Sprengungen
- 3.36 Märkte, Volksfeste und Großveranstaltungen außerhalb der dafür vorgesehenen Anlagen
- 3.37 Motorsport
- 3.38 Badebetrieb, Befahren von Gewässern mit Kleinfahrzeugen mit und ohne Maschinenantrieb, Tauchen mit technischem Gerät, Zeltlager, Campingplätze sowie Errichtung und Erweiterung von Sport- und Freizeitanlagen
- 3.39 Errichtung, Erweiterung und wesentliche Umgestaltung von baulichen Anlagen im Außenbereich (z.B. Grillhütten, Sportheime, Jagdhütten, Freizeitanlagen, Gartenhäuser)
- 3.40 Holzlagerplätze (Nass- und Trockenlagerung)
- 3.41 Errichtung und Erweiterung von Anlagen zur Eigenwasserversorgung und Beregnungsbrunnen

§ 4

Duldungspflichten

(1) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Schutzgebietes haben zu dulden:

- a) das Betreten ihrer Grundstücke durch Personen, die mit der ordnungsgemäßen Bewirtschaftung der Wassergewinnungsanlagen beauftragt sind,
- b) das Aufstellen von Hinweisschildern.

(2) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten der in der Zone I gelegenen Grundstücke haben die Durchführung aller Maßnahmen, die den Wassergewinnungsanlagen und

ihrem Schutz dienen, insbesondere die Einzäunung der Fassungsgebiete, das Aufbringen einwandfreien, gut reinigenden oder abdichtenden Materials zur Verstärkung der Deckschichten, das Aufbringen einer zusammenhängenden Grasdecke sowie die Beseitigung von Bäumen und Sträuchern zu dulden.

§ 5

Befreiungen

(1) Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord kann unter den Voraussetzungen des § 13 Abs. 6 LWG auf Antrag von den Verböten des § 3 Befreiungen zulassen.

(2) Die Befreiung ist widerruflich; sie kann mit Bedingungen und Auflagen erteilt werden und bedarf der Schriftform.

(3) Im Falle des Widerrufs kann die zuständige Behörde vom Grundstückseigentümer verlangen, dass der frühere Zustand wiederhergestellt wird, sofern das Wohl der Allgemeinheit, insbesondere der Schutz der Wasserversorgung, dies erfordert.

§ 6

Begünstigte

Begünstigt durch die Festsetzung des Wasserschutzgebietes sind die Verbandsgemeinde Gebhardshain, Rathausplatz 1, 57580 Gebhardshain, und die Verbandsgemeinde Daaden, Bahnhofstraße 4 - 6, 57567 Daaden.

§ 7

Ordnungswidrigkeiten

Nach § 41 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 WHG kann mit einer Geldbuße bis zu 50.000,- EUR belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

- a) einem Verbot nach § 3 zuwiderhandelt,
- b) eine nach § 5 ausnahmsweise zugelassene Handlung vornimmt, ohne die mit der Befreiung verbundenen Bedingungen oder Auflagen zu befolgen.

§ 8

Entschädigung

Anträge auf Entschädigungsleistungen nach § 19 Abs. 3 WHG oder Ausgleichsleistungen nach § 19 Abs. 4 WHG sind an die Begünstigten zu richten.

Kommt eine gütliche Einigung nicht zustande, so entscheidet auf Antrag eines Beteiligten die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord über die Festsetzung der Entschädigungs- oder Ausgleichsleistung.

Soweit mehrere Begünstigte vorhanden sind, haften sie als Gesamtschuldner.

§ 9

Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Die Rechtsverordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Rheinland-Pfalz in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Rechtsverordnung der Bezirksregierung Koblenz vom 2. Januar 1981 (Az. 56-61-2-3/74), veröffentlicht im Staatsanzeiger für das Land Rheinland-Pfalz, Nr. 16 vom 27. April 1981, über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes in der Gemarkung Elkenroth zugunsten der Verbandsgemeinde Gebhardshain - Wasserwerk Elbtal - außer Kraft.

Koblenz, den 26. Februar 2010

- 312-61-132-1/2007 -

Struktur- und
Genehmigungsdirektion Nord
In Vertretung
Joachim Gerke

1794.

**Rechtsverordnung
zur Aufhebung der Rechtsverordnung
über die Festsetzung
eines Wasserschutzgebietes
in den Gemarkungen Ergeshausen
und Herold, Rhein-Lahn-Kreis,
zugunsten
der Verbandsgemeinde Katzenelnbogen,
Burgstraße 1, 56368 Katzenelnbogen**

Aufgrund des § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG -) in der Fassung vom 19. August 2002 (BGBl. I S. 3245), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), und der §§ 13, 122, 123 und 105 Abs. 2 des Wassergesetzes für das Land Rheinland-Pfalz (Landeswassergesetz - LWG -) in der Fassung vom 22. Januar 2004 (GVBl. S. 54), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 27. Oktober 2009 (GVBl. S. 358), wird durch die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord als obere Wasserbehörde Folgendes verordnet:

§ 1

Die Rechtsverordnung der Bezirksregierung Koblenz vom 1. März 1982, Az.: 56-61-15-1/79, veröffentlicht im Staatsanzeiger für das Land Rheinland-Pfalz Nr. 11 vom 22. März 1982, zugunsten der Verbandsgemeinde Katzenelnbogen zum Schutz des Grundwassers für die Gewinnungsanlage in der Gemarkung Ergeshausen Flur 3 Flurstück 6 (Tiefbrunnen Ergeshausen) wird aufgehoben.

§ 2

Die Rechtsverordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Rheinland-Pfalz in Kraft.

Koblenz, den 26. Februar 2010

- 312-61-141-4/1994 -

Struktur- und
Genehmigungsdirektion Nord
In Vertretung
Joachim Gerke

Kreisverwaltungen

1795.

**Gebietsänderung
zwischen der Ortsgemeinde Ramsen
und der Stadt Eisenberg,
Verbandsgemeinde Eisenberg,
Donnersbergkreis**

Aufgrund der §§ 10 Nr. 4 und 11 Abs. 1 der Gemeindeordnung (GemO) in der derzeit gültigen Fassung ergeht aufgrund übereinstimmender Beschlüsse des Ortsgemeinderates Ramsen und des Stadtrates der Stadt Eisenberg folgende Entscheidung:

Aus dem Gebiet der Ortsgemeinde Ramsen werden die Grundstücke mit der Flur-Nr. 219/22, 219/23, 219/24 und 372/1 ausgegliedert und in das Gebiet der Stadt Eisenberg eingegliedert.

Eine Vereinbarung gemäß § 11 Abs. 6 der GemO wurde nicht geschlossen.

Die Gebietsänderung tritt mit ihrer öffentlichen Bekanntmachung im Staatsanzeiger Rheinland-Pfalz in Kraft.

Kirchheimbolanden, den 24. Februar 2010

- 33/029/020-01 -

Kreisverwaltung Donnersbergkreis
Werner
Landrat